

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—, Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettnerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettnerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegraphische Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 114.

Dresden, Mittwoch den 20. Mai 1914.

25. Jahrg.

Genosse Rahmann wurde heute wegen angeblicher Verleumdung des Kronprinzen zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Vorwärts veröffentlicht einen Brief, in dem ein Reichsverbandshauptling seine Dienste in Titel- und Ordensgeschäften anbietet.

Domergue gebickt beim Zusammentritt der neuen Kammer keine Demission einzureichen.

Mit österreichischen Geschäften wurde in Durrago eine von Essab Pascha angeleitete Revolte unterdrückt.

Nachrichten aus der Stadt Regio erklären, Guerra bestehe nicht an den Rüdritzen.

Recht des Reichstags gegen die herrischen Nachgebote der Regierung.

Die Herren Fischel und Wolheim betrachteten die ganze Frage lediglich unter dem Gesichtspunkte, ob und wie irgend etwas „aus der Sache herauskommen könne“. Sie wollten durchaus nicht erkennen, daß es sich da um die große grundsätzliche Frage des Rechtes der Volksvertretung handelt, um eine Frage, die viel allgemeiner und bedeutender ist als die, ob die Landbriefträger — nicht durch Schuld des Reichstags, sondern der Regierung! — noch eine Frist warten müssen, bis sie, und zwar zugleich mit den anderen bedürftigen Unterbeamten, die ihnen gebührenden Aufbesserungen erhalten.

Es liegt System darin, daß die Regierung auf Schritt und Tritt bei allen möglichen Gelegenheiten alle Verbesserungen, die der Reichstag fordert, zurückweist. Bei dem Wettbewerbsgesetz, bei der Reform des Militärstrafgesetzbuchs, bei der Sonntagsruhe für Handelsangestellte — überall und immerfort heißt es: Reichstag, du hast so zu beschließen, wie die Regierung will, gehst du über das hinaus, was die Regierung will, so fällt das ganze Gesetz und die betreffenden Volkskreise kriegen überhaupt nichts. Noch mehr, die Regierung bringt es fertig, eine große Arbeitsleistung des Reichstags durch den Schluß der Session einfach zu vernichten zu machen: das Sonntagsruhegesetz, das Petroleumgesetz und andere Vorlagen fallen gänzlich unter den Tisch. Warum? Es ist kein anderer Grund ersichtlich, als daß die Regierung nicht nochmals den Sommer über das Privileg der freien Eisenbahnfahrt gewähren will, die Reichstags „Leris“ könnten dadurch zu übermäßig werden.

Wären die anderen Parteien oder eine Mehrheit festgeblieben, so hätten wir gern abgewartet, was die Regierung tun würde. Entweder hätte sie das verbesserte Besoldungsgesetz schließlich doch angenommen, oder aber sie hätte es wirklich auf die Auflösung des Reichstags antommen lassen. Das würde ein Kampf sein, in dem das deutsche Volk auf die Seite des Reichstages treten würde. So aber bleiben dank der reaktionären Unterwürfigkeit der bürgerlichen Parteien die materiellen Wünsche der Landbriefträger unerfüllt. Und was noch viel mehr bedeutet: der absolutistische Starrsinn der Regierung ist erst recht gestärkt worden. Ledebour sagte mit Recht: Die Parteien haben die Regierung, die sie verdienen. Die Sozialdemokratie aber hat ihr Bestes getan, sowohl um den Unterbeamten gerecht zu werden, als auch um das Recht der Volksvertretung zu wahren. Es ist ein Glück, daß wenigstens eine Partei in deutschen Landen standhaft und rücksichtslos für die Sicherung der Volksrechte kämpft. Diese Politik hat das Volk auf ihrer Seite und sie wird schließlich zum Siege führen!

Der von Preußen verliehene Titel, also ohne Zusatz, ist natürlich am wertvollsten, aber auch am teuersten. Ihre Verfassungen sind an maßgebender Stelle vorgelegt worden, weil sich die Forderungen von Fall zu Fall anders stellen. Höher bei Ausländern als bei Inländern, höher bei Juden als bei Nichtjuden. Man verlangt also in Ihrem Falle:

1. Sie müssen, damit das Deforum gewahrt wird, noch eine gedruckte Abhandlung einreichen. Diese braucht nicht umfangreich zu sein, es ist nur Formsache. 2. Sie veröffentlichen einen Aufsatz in einer Fachzeitschrift und lassen davon Sonderabdrücke als Proschüre anfertigen oder direkt solche ad hoc geschriebene Proschüre drucken. Dies ist jedoch nur Formsache, damit man sich darauf berufen kann, Sie haben etwas Wissenschaftliches veröffentlicht.

2. An eine gewisse Stelle sind zu zahlen 40000 Mark und 1500 Mark Vermittlungsbesen. Der Betrag verfällt nur dann, wenn Sie das amtliche Ernennungsdekret vom Außenminister in der Hand haben. Sollte trotzdem durch irgendeine Zufälligkeit, was nicht wahrscheinlich ist, die Ernennung scheitern, so haben Sie keinen Pfennig zu zahlen. Es ist also ein Bar- oder Zug-um-Zug-Geschäft. Das Nähere über die Eingehung bei einem eingeweihten Notar wird erst mitgeteilt, sobald Ihr Entschluß vorliegt. Irgendein Risiko laufen Sie nicht. Die strengste Discretion wird garantiert.

Mein Gewährsmann sagt, daß manche Ärzte in Berlin mit Freuden den Betrag zahlen würden, wenn sie den Professorstitel erlangen. Wer irgendwas befollet ist und nicht eine ganz weiche Welle hat, kann es überhaupt auch für Geld nicht erreichen. Ohne sehr saubere Wäsche ist die Ernennung überhaupt nicht erreichbar.

Ich wußte, daß die preussischen Titel am höchsten im Kurse stehen, hatte mir aber die Sache viel billiger gedacht. Sie müssen nun selbst erkennen, ob Ihnen das Objekt nicht zu hoch erscheint, ob Sie das angelegte Kapital entschuldigen und rasch amortisieren können. Das letztere ist möglich, bezweifle ich ja schließlich nicht. Aber das ist ja Ihre Sache.

Mein Gewährsmann wünscht, daß Sie sich binnen acht Tagen entscheiden. Wenn Sie ablehnen, ist damit meine Mission erledigt. Ich bitte Sie aber unter allen Umständen um strengste Discretion. Nicht etwa, daß Sie die Bemerkung irgendwo fallen lassen, daß faubstabil das und das kostet! Darum muß ich mich verlassen können. Ich erwarte also Ihre gefällige Entscheidung bis zum 22. September und verbleibe

mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener Dr. Ludwig.

Willen Sie in Ruhe und kühl rechnerisch die Angelegenheit. Ich sende den Brief eingeschrieben, weil er nicht in un-rechte Hände kommen darf.

Wer ist dieser ehrenwerte Dr. Franz Ludwig Im Bezirk der ihr's? steht über ihn zu lesen:

Dr. Franz Ludwig, geboren 3. November 1868 Schönbach bei Reichenberg i. Sächsen. Seit 1907 zweiter Hauptgeschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Volkswirtschaftlicher Schriftsteller. Hauptgebiete: praktische Nationalökonomie, Finanzwissenschaften, Staats- und Verwaltungsrecht. Werke u. a.: Im Niederbuch, Gedichte; Thüringer Waldvereinsliederbuch; die Reichstagswahlen von 07 und die Sozialdemokratie; Kommunismus, Anarchismus, Sozialismus; Die Sozialdemokratie, eine republikanische Partei.

Kamer Reichsverband! Wer hätte sich das träumen lassen, als vor wenigen Wochen dein Jubiläum gefeiert wurde, und preissend mit viel schönen Worten die riesigen Verdienste des Reichsverbandes um die Aufrechterhaltung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung besungen und beschwätzt wurden!

Der Edikttskandal deines prassenden Wanderredners war eine Larmlosigkeit gegen die wackeren „Zug-um-Zug-Geschäfte“ des Kampfen Ludwig, eines der Stärksten unter den Deinen! Seines Geistes Quack weht durch die Schriften des Reichsverbandes. Auf die gemeingefährliche umfängerische Sozialdemokratie hat er jahrelang alle Hände gekehrt. Wer immer es wagte, die verlogene und vergiftete Kampfesweise des Reichsverbandes aufzudecken, wurde von ihm rücksichtslos verfolgt. Nicht Worte genug wählte dieser Mann zu finden, die Niedertracht der Sozialdemokratie mit patriotischer Empase zu brandmarken. Und nun entpuppt sich dieser Prophet und Kündler der Verlichteit unserer heutigen Gesellschaftsordnung und unseres Vaterlandes, dieser giftige Bekämpfer und Begehrer der Freiheitsbestrebungen und der Ideale des kämpfenden Proletariats als einer, der als ein ganz gewöhnlicher „Schieber“ in Titelgeschäften „die heiligsten Güter der Nation“ zu Objekten von Bar-Geschäften macht. Er schreibt gegen den Anarchismus und wirft voll Eifer an der Anarchisierung und Korruption der heutigen Staatsordnung. Er mietet gegen die antimonarchische Sozialdemokratie und untermühlt als ein eifriger Maulwurf das monarchische System. Eine Stütze von Thron und Altar, das einem das Herz im Leibe ladet.

Aber trotz alledem werden diese Lindenous der höchsten Kreise und diese Ludwigs des Reichsverbandes weiter zeternd über die waterlanthlose Sozialdemokratie, die so ganz grundlos und verhaspelt gegen die kapitalistische Korruption losgeht.

Opfer des Absolutismus.

Es ist als ob die absolutistische Macht, die Preußen-Deutschland beherrscht, das Verfassungselend unseres Staates an denkwürdigen Beispielen erweisen wollte. Knapp vor Reichstagschluss wird dem deutschen Volke noch einmal eindringlich klargemacht, wie bei uns die Dinge stehen: die Regierung glaubt, schalten und walten zu dürfen, wie es ihr beliebt. Der Reichstag wird zur Ohnmacht verurteilt und kann selbst mit beschiedenen Wünschen nicht durchdringen. Und 16000 arme Landbriefträger sind das Opfer dieses herrischen Regierungssystems, dieser Rechtslosigkeit der Volksvertretung.

Freilich die Parteien des Reichstages tragen ihr Geschick und geschäftlich Maß Wirtshaus an diesen belagerten Zuständen. Es ist schwer zu unterscheiden, ob in dem parlamentarischen Ringen um das Beamtenbesoldungsgesetz die Regierung mehr starken Trost oder die Parteien mehr Mangelmut und Schwäche bewiesen haben.

In der zweiten Lesung des Etats hatten sämtliche Parteien sich feierlich zu den Beschlüssen der Budgetkommission bekannt, die außer den Landbriefträgern auch den sogenannten gehobenen Unterbeamten eine notwendige und sehr beheldene Gehaltsverbesserung gewähren wollten. Aber die Regierung erklärte diese Beschlüsse, trotz Anerkennung ihrer sachlichen Berechtigung, für unannehmbar, weil dann möglicherweise später noch weitere Beamtenkategorien berechnigte Forderungen erheben könnten. Nun vollzogen nicht nur die Konservativen, die darauf nur gewartet hatten, sondern auch beide liberale Parteien einen glatten Umfall. Das Zentrum — mögen seine Beweggründe auch rein taktischer Art gewesen sein — nahm an diesem Umfall nicht teil. Die sozialdemokratische Fraktion wies es durchaus von sich, sich der Regierungsdrohung zu unterwerfen, daß im Fall der Annahme der für die Beamten günstigeren Kommissionsbeschlüsse das ganze Gesetz nicht die Zustimmung der Regierung finden würde. Die konservativ-liberalen Umfallanträge wurden in der dritten Lesung der Besoldungsnovelle abgelehnt, die Kommissionsbeschlüsse wurden bestätigt. Nun steht die Regierung vor der Entscheidung, ob sie die 16000 Landbriefträger wirklich opfern will, bloß weil noch 2½ Millionen Mark mehr für andere Unterbeamten in das Gesetz hineingeschrieben sind!

Die sozialdemokratische Fraktion unternahm aber noch einen weiteren Schritt, um die Ueberzeugung des Reichstags freigeich zu machen und um den Beamten ihr Recht werden zu lassen. Sie beantragte zur dritten Lesung des Etats die Einsetzung einer entsprechenden Summe als Zulagen auf das laufende Jahr für die betreffenden Beamtengruppen, mit der Maßgabe, daß diese Zulagen in Wegfall kommen, sobald die Regierung der Gehaltsaufbesserung im Besoldungsgesetz zustimme. Um diesen Antrag wogte in den Abendstunden der Dienstagssitzung des Reichstags ein überaus heftiger Kampf.

Schon am Vormittag war die Nachricht gekommen, daß der Bundesrat beschloffen habe, nicht nur den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, sondern auch, falls dieser Antrag eine Mehrheit im Reichstage finden sollte, die Auflösung des Reichstags zu verkündigen. Daraus ist es nun nicht gekommen. Es zeigte sich bald, daß alle bürgerlichen Parteien die Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Antrag verweigerten. Der Staatssekretär des Reichshofamts Kühn erklärte dann den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion als unannehmbar und als verfassungswidrigen Eingriff in die Rechte der Regierung. Die Regierung bestreitet dem Reichstag rundweg das Recht, selbständig Beträge in das Etatsgesetz einzufügen. Der Reichstag soll nur das Recht haben, Forderungen, die die Regierung stellt, nicht zu bewilligen, aber nicht das Recht, eigene Wünsche im Etat zu verwirklichen. Dadurch werde ein Zwang auf die Regierung ausgeübt, den sie sich nicht gefallen lassen wolle. Und alle bürgerlichen Parteien beugten sich unter das Joch dieser absolutistischen Regierungserklärung.

Die Redner der fortschrittlichen Volkspartei, die Herren Fischel und Wolheim versuchten dazu noch, den Spieß umzudrehen und die sozialdemokratische Fraktion zu beschuldigen, daß sie Schuld daran trage, wenn die 16000 Landbriefträger die Gehaltsaufbesserung jetzt nicht bekommen. Scharf und schneidend verurteilten unsere Parteigenossen Gasse und Ledebour, inmitten tosenden Gelärmes der gegnerischen Parteien, das

Die Bargehäfte des Reichsverbandshauptlings.

In der Montag-Nummer des Vorwärts bedachte Genosse Viebknecht die guten Ordens-, Titel- und sonstigen Geschäfte auf, die der verdorbene und brinige Kriegsminister gewordene General v. Lindenau Jakob. Am Dienstag begann die Patriotenpresse zu räsonieren über diese widerliche Sozialdemokratie und diesen unangenehmen Herrn Viebknecht, der den Fall Lindenau so dreist trete und das Grab eines Toten aufgerissen habe.

In der heutigen Vorwärts-Nummer gibt Genosse Viebknecht eine solid untermauerte Antwort, eine Antwort, die sich an die Lebendigen wendet und von einem sehr Lebendigen handelt. Von einem, der am lebendigsten war im Kampfe gegen die gottlose Sozialdemokratie und im Ordens- und Titelschacher, einer von den Schleichern und Hauptbeschleppern, die von den Oberhäupten gebraucht werden, um Titel und Orden an die Dummen zu bringen. Der Brief, den Genosse Viebknecht diesmal veröffentlicht, lautet:

Streng vertraulich!
Dr. Franz Ludwig,
Staatswissenschaftlicher Schriftsteller,
Berlin-W. 57, den 15. September 1911.
Mantelstraße 1.

Sehr geehrter Herr Doktor!
Soeben hatte ich mit meinem Gewährsmann eine Zusammenkunft, der mir folgende Eröffnungen machte:

Die Erlangung des Professortitels bei außerpreussischen Höfen ist nicht mehr, wie früher, durchführbar, wenigstens nicht für Ärzte. Offenbar hat Preußen in dieser Richtung die Möglichkeit verbaute. Auch in Preußen gibt es Schwierigkeiten, weil die Professoren der medizinischen Fakultät solche Ernennungen zu verhindern bestrebt sind. Die Möglichkeit ist trotzdem vorhanden, aber die Kosten sind sehr hohe. Nach herrschender Verwaltungspraxis muß derjenige, der einen solchen Titel von Sachsen, Hessen, Mecklenb. erhalten hat, ein Gesuch an die zuständige Behörde richten, daß ihm die Annahme des Titels gestattet werde. Das ist zum Teil Formsache. Die Annahme wird gestattet, jedoch die Bedingung aufgelegt, daß der Titel in einer Weise gebraucht wird, daß die nichtpreussische Herkunft ersichtlich ist, z. B. Großherzoglich sächsischer, Königlich sippischer Professor usw. Auch diese Bestimmung scheint ihren Ursprung in der medizinischen Fakultät zu haben. Die Professoren wünschen natürlich, daß ihr Titel nicht entwertet wird, und möchten natürlich am liebsten, daß andere als Univeritäts-bogezien den Titel überhaupt nicht erhalten.

Die Bitte im Gelehrtenrat hat sich nicht erfüllt. Die erste und noch nicht mit angelegten Kleinen. Die erste und noch nicht mit angelegten Kleinen. Die erste und noch nicht mit angelegten Kleinen.